

HANS COPPI

## Die nationalsozialistischen Bäume im sozialdemokratischen Wald. Die KPD im antifaschistischen Zweifrontenkrieg (Teil 2)

*Eine bedrohlich anwachsende rechtsextreme Szene, deren nationalistische und rassistische Parolen unter der Bevölkerung und vor allem unter Jugendlichen im Osten Deutschlands eine zunehmende Akzeptanz finden, stellt die Frage nach wirksamen demokratischen Gegenstrategien. Unterschiedliche Ansätze und Methoden werden gegenwärtig diskutiert und praktiziert.*

*Ein historischer Rückblick auf Reaktionen und Gegenstrategien der verschiedenen Linken auf den Vormarsch der Nazis bis zum Jahre 1933 verdeutlicht die Schwierigkeiten und auch die verfehltete Strategie im Umgang mit einer sich schnell ausbreitenden faschistischen Bewegung.*

### *Die Unfähigkeit zu antifaschistischen Bündnissen*

Die KPD sah sich als einzige revolutionäre Kraft, die imstande war, den Faschismus aufhalten und vernichten zu können. Darin bestünde ihre historische Mission, erklärte Hermann Remmele auf einer ZK-Sitzung im Mai 1931.<sup>1</sup> Von den Bündnispartnern wurde erwartet, die führende Rolle der KPD anzuerkennen. Ein antifaschistischer Alleinvertretungsanspruch, der schließlich den Kampf gegen den unaufhaltsamen Aufstieg des Faschismus deutscher Prägung ins Leere laufen ließ, aber auch eine parteiübergreifende Massenbewegung verhinderte, die den Nationalsozialismus in seinem Vormarsch hätte stoppen können. Die KPD, der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft verpflichtet, war gegenüber anderen antifaschistischen Kräften, die dieses Ziel ablehnten, nicht mehr bündnisfähig.

Der italienische Kommunist Antonio Gramsci sah bereits 1926 die Wirksamkeit eines antifaschistischen Bündnisses nur in dem Maße gegeben, wie es auch die Interessen anderer Bündnispartner aufzunehmen in der Lage sei. Dieses plurale Konzept schloß die Respektierung der Eigenständigkeit aller Beteiligten ein.<sup>2</sup> Gramscis Erkenntnisse blieben jedoch ebenso unberücksichtigt wie die Warnungen französischer Kommunisten vor einer inflationären Anwendung des Faschismusbegriffs auf alle reaktionären Maßnahmen bürgerlicher Regierungen und der Sozialdemokratie.

Ende September 1930 hatte die KPD-Führung den »Kampfbund gegen den Faschismus« gegründet. In Betrieben, vor den Stempelstellen und in den Wohngebieten sollte der Kampf gegen die braune Bewegung besser organisiert und auf eine breitere Basis gestellt werden. Ein weiteres Ziel war, die »nationalfaschistischen« Reihen

Hans Coppi – Jg. 1942, Veröffentlichungen zum Antifaschismus, zur Widerstandsgeschichte, Schwerpunkt »Rote Kapelle«. Im Oktober 1998 erscheint ein mit Susanne Römer herausgegebener Reprint der Zeitschrift »Aufbruch« (1931-1933) unter dem Titel: »Aufbruch« im Spannungsfeld von Nationalismus und Kommunismus – eine Zeitschrift für Grenzgänger mit einer Einführung und einem Namensregister beim Verlag Fölbach in Koblenz.

1 Vgl. SAPMO-BARCH, RY/II/2/1/80, Bl. 133.

2 Antonio Gramsci: Die Gesichtspunkte der Frage des Südens, in: Antonio Gramsci – ein vergessener Humanist? Eine Anthologie 1917-1936, Berlin 1991.

zu zersetzen und dort Gesinnungsfreunde für eine oppositionelle Tätigkeit gegen die NS-Führung zu gewinnen. Gleichzeitig sollten Stützpunkte und Kasernen der SA liquidiert werden. In der praktischen Arbeit richtete sich die Tätigkeit des Kampfbundes gegen Überfälle der Nazis, aber auch gegen sozialdemokratische Organisationen, insbesondere gegen das Reichsbanner. Ende 1930 wurden die Bezirksleitungen beauftragt, »Gegnerabteilungen« zu schaffen, die sich mit der Gewinnung sozialdemokratischer, nationalsozialistischer und christlicher Arbeiter beschäftigen sollten.<sup>3</sup>

Die beibehaltene Frontstellung gegenüber anderen antinazistischen Organisationen verhinderte, eine überparteiliche Massenorganisation aufzubauen. Dem Kampfbund gegen den Faschismus gehörten vorwiegend Mitglieder und Sympathisanten des verbotenen Roten Frontkämpferbundes (RFB), des Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD) und KPD-Mitglieder an. Im Dezember 1931 zählte der Kampfbund über 100 000 Mitglieder, davon entrichtete allerdings nur die Hälfte ihre Beiträge. Abwehrlern aus den kommunistischen Reihen wurde die Aufnahme verweigert. Arbeiter aus der SPD, dem Reichsbanner und anderen Organisationen waren dagegen willkommen. Die KPD knüpfte an ihren Eintritt die Erwartung, daß sie ihre bisherigen Organisationen verlassen würden. Der Kampf gegen den Nationalsozialismus schloß für den Kampfbund den Kampf gegen den »Sozialfaschismus« mit ein. Es gelang weder ein Einbruch in das »nationalfaschistische Lager« noch die Bündelung aller antifaschistischen Kräfte zum Zurückdrängen der faschistischen Bewegung.

Den wehrhaften Kampf gegen die Nationalsozialisten vernachlässigte die KPD-Zentrale nicht. Zwei Tage nach der Veröffentlichung der Programmklärung verabschiedete sie eine »Richtlinie zur wehrpolitischen Arbeit«.<sup>4</sup> Eine zuverlässige Elitetruppe für den Kampf gegen den Faschismus sollte in Form eines »Parteiselbstschutzes« bei den KPD-Bezirksleitungen aufgebaut werden, um den Vormarsch der Nazis in den Arbeitervierteln mit Gewalt zu stoppen. Die Wirksamkeit dieser Formation blieb jedoch sehr umstritten. Einige ihrer Führer verlangten eine Besoldung und organisierten unabgestimmte Aktionen. Thälmann hatte die Erschießung der Polizeioffiziere Paul Anlauf und Franz Lenk am 9. August 1931 und die Häufung bewaffneter Überfälle auf SA-Stützpunkte in Berlin (Gneisenaustraße, Röntgenthal, Richardstraße) als fraktionistische Machenschaften verurteilt.<sup>5</sup> 1932 wurde der Parteiselbstschutz aufgelöst.

Die deutschen Kommunisten versuchten seit dem Sommer 1930, mit Rückendeckung aus Moskau, verstärkt die Nationalsozialisten verbal und militant zu bekämpfen, ihre Reihen aufzulockern, sie zu zersetzen und ihre Anhänger mit nationalistisch gefärbten Parolen an sich zu binden. 1930/31 tauchten wieder Formulierungen Karl Radeks auf. Er hatte 1923 zwischen den »beiden Armeen der Revolution« unterschieden, der »Vorhut« der Arbeiter und der »Nachhut« oder »Reserve«, die der Faschismus noch festhielt, die aber bald zur »Vorhut« stoßen sollte.<sup>6</sup> Es bestand die Illusion, daß die nationalsozialistische Woge eines Tages zurückrollen werde und die politisierten Kleinbürger sich dann der einzig richtigen revolu-

3 Rundschreiben Nr. 19. Anweisungen des Sekretariats vom 19.12.1930, in: Die Generallinie..., a.a.O., S. 272. Ferner: Unsere Massenarbeit muß verstärkt werden, in: Der Parteiarbeiter, 9, 1930, Nr. 5, S. 132-134.

4 Vgl. SAPMO-BARCH, RY 1/2/5/3. Ausführlicher bei Bernd Kaufmann, Eckhardt Reisner, Dieter Schwips, Henri Walther: Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, Berlin 1993, S. 246ff.

5 Vgl. SAPMO-BARCH, Z/C 71/1, Bl. 4f., Mertens: Bericht über die Untersuchung des mil.pol. Apparates der KPD, Moskau 20.2.1936. Ferner Z/C 71/8, Bl. 1f. Kippenberger: Parteiselbstschutz (PSS) v. 4.2.1936.

6 Hermann Remmele: Diskussion auf dem XI. Plenum des EKKI, in: Inprekorr, 11, 1931, Nr. 69 v. 15.7.1931, S. 1542.

Peer Lange vermutet, daß die national bestimmte Taktik der KPD auf den Einfluß von Karl Radek zurückzuführen sei, der in dieser Zeit Berater Stalins war. Siehe Peer Lange: Stalinismus versus »Sozialfaschismus« und »Nationalfaschismus«. Revolutionspolitische Ideologie und Praxis unter Stalin 1927-1935, Göttingen 1969, S. 275.

tionären Partei, den Kommunisten, anschließen. Die KPD, verkündete Thälmann, werde »früher oder später das Erbe des nationalsozialistischen Aufschwungs antreten«.<sup>7</sup>

Die KPD begab sich in einen zunehmenden Konkurrenzkampf mit der NSDAP. Kommunistische Funktionäre traten gemeinsam mit Joseph Goebbels in Versammlungen auf, so Heinz Neumann Ende Oktober 1930 und Walter Ulbricht Mitte Februar 1931 in Berlin. Jede Seite brachte die ihr vertrauten Argumente vor. Ein Werbeimpuls geschweige denn ein »Zersetzungseffekt« ging von diesen Schauveranstaltungen nicht aus. Die Kommunisten griffen den »Legalitätskurs« Hitlers an, stellten wie bei der SPD die korrupten Führer den ehrlichen Mitgliedern gegenüber. Anhänger beider Seiten nutzten die Debatten, wenn ihnen die Argumente ausgingen, zu massiven Saalschlachten.

### *Volksrevolution und »Scheringer-Kurs«*

Die KPD hatte unter den städtischen und ländlichen Mittelschichten nur geringe Sympathiewerte. Ein revolutionärer Umschwung war nicht nur mit der noch von der SPD zu trennenden Arbeiterschaft herbeizuführen. Es mußten die bisher nicht erreichten Bevölkerungsschichten angesprochen und dafür neue Aktionsformen gefunden werden. In Übereinstimmung mit ihrer national geprägten Propaganda entwickelte die KPD-Zentrale Ende 1930 eine neue Linie: im Rahmen einer »Volksaktion«, einer »Volksrevolution«<sup>8</sup> unter proletarischer Hegemonie den Millionen Menschen, die zwar antikapitalistisch eingestellt waren, aber das kapitalistische System noch nicht überwinden wollten, eine revolutionäre Perspektive zu geben.

Die KPD rief das »Volk«, ohne diesem Begriff eine eigene Bestimmung zu geben und ohne sich eindeutig von der volkstümelnden und völkischen Begriffswelt konservativer und nationalistischer Kreise abzusetzen. Das Ziel war, Landarbeiter, Angestellte, Beamte und die Intelligenz zu gewinnen und für eine von der KPD dominierte revolutionäre Front zu mobilisieren. Unter diesen Schichten hatte die NSDAP die größten Wahlerfolge erzielt, und die KPD hatte dort ihre wenigsten Anhänger. Gegenüber Angestellten gab es innerhalb der »Vorhut des Proletariats« große Vorbehalte. Ihr Anteil an den Neuaufnahmen lag 1931 unter einem Prozent.<sup>9</sup>

Die von der KPD entwickelte Linie der »Volksrevolution« war aber von der Komintern noch nicht bestätigt. Um dem Vorwurf der Verwischung der klassenmäßigen Gegensätze entgegenzutreten, griff Thälmann zur theoretischen Begründung auf den Brief von Karl Marx an Kugelmann von 1871 zurück, zitierte aus Lenins »Zwei Taktiken [...]« und »Staat und Revolution«. Der KPD-Vorsitzende stellte die Losung von der Volksrevolution – ein Synonym für die proletarische Revolution – als ein »strategisches Hauptziel« heraus, »zu dem wir die Massen auf der Linie unseres sozialen und nationalen Freiheitsprogramms voranführen und sammeln wollen«.<sup>10</sup>

Für den neuen Kurs warb Thälmann Ende März 1931 auf dem XI. Plenum des EKKI. Er entwickelte eine Doppelstrategie, mit der sowohl der Masseneinfluß der SPD wie auch der NSDAP liquidiert

7 Ernst Thälmann: Die Lage in Deutschland und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands. XI. EKKI-Tagung Moskau, Hamburg 1931, S. 32.

8 Erstmals wurde der Begriff »Volksrevolution« von Alexander Emel, dem Leiter der Abteilung Agitation beim ZK der KPD, eingeführt. Siehe A. Emel: Der revolutionäre Marxismus und die Frage der nationalen Befreiung, in: Die Internationale, 13, 1930, H. 19, S. 562ff. Weitere Artikel hat Emel zu diesen Fragen in der Zeitschrift »Propagandist« im Jahre 1931 veröffentlicht. Er wurde deswegen von Thälmann Ende 1931, offensichtlich auf Veranlassung der Komintern, scharf kritisiert und als Abteilungsleiter abgesetzt.

9 Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 100.

10 Vgl. SAPMO-BARCH, I/2/1/78. Referat Ernst Thälmanns auf der Sitzung des KPD-Zentralkomitees am 15.1.1931. Ferner Ernst Thälmann: Volksrevolution über Deutschland. Rede auf dem Plenum des ZK der KPD, 14.-17. Januar 1931, Berlin 1931, S. 31.

11 Ernst Thälmann: XI. EKKI-Tagung Moskau, a.a.O., S. 48.

12 Dimitri Manuilski: Die Kommunistischen Parteien und die Krise des Kapitalismus. Bericht vor dem XI. Plenum des EKKI, Hamburg 1931, S. 127f.

13 Leo Trotzki: Soll der Faschismus wirklich siegen?, Berlin 1931, zitiert bei Carl von Ossietzky: Trotzki spricht aus Prinkipo, in: Die Weltbühne, 23, 1931, Nr. 51, S. 911-914.

14 E.B.: Die ultralinke Politik und der Faschismus, Gegen den Strom, 4, 1932, Nr. 11.

15 Vgl. SAPMO-BARCH, RY/1/2/1/78. Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees 14.-15.5.1931, Bl. 120.

16 Ernst Thälmann: Katastrophe oder Sozialismus, a.a.O., S. 29.

17 Von Ernst Niekisch so benannt. Siehe E.Niekisch: Der politische Raum des deutschen Widerstands, in: Widerstand, 1931, Heft 11, S. 328. Für Ernst Otto Schüddekopf sind Kern und Ursprung des »Scheringer-Kurses« der Versuch der KPD, an die Situation des Jahres 1923 anzuknüpfen, aber nicht auf das Gespräch, sondern auf eine breite Massenaktion zielend. Siehe Ernst Otto Schüddekopf: a.a.O., S. 285ff.

18 Vgl. SAPMO-BARCH, RY 1/2/1/80, Sitzung des ZK der KPD am 15.5.1931. Ein Diskussionsredner aus Halle beklagte, die Erklärungen Scheringers würden von KPD-Funktionären nicht ernst genommen.

werden sollte. Den Übertritt des früheren Reichswehrleutnants und nationalsozialistischen Aktivisten Richard Scheringer zu den Kommunisten am 18. März 1931 wertete Thälmann als Erfolg dieser Politik.<sup>11</sup>

Die neue Strategie fand erst nach kontroversen Diskussionen ihre Zustimmung. Ein Vertreter der KP Italiens hatte eine Resolution eingereicht, in der er gegen den Begriff der »Volksrevolution« polemisierte. 1927 waren die italienischen Kommunisten von der Komintern wegen dieser »liberalen« Losung gerügt worden. Damals wurde gewarnt, diese Losung auf weitere Länder zu übertragen. Der Vertreter der KPdSU, Dimitri Manuilski, hob den Widerspruch dialektisch auf. Er sah in dem Programm der sozialen und nationalen Befreiung und in der neuen strategischen Hauptlosung einen revolutionären Ausweg aus der Krise. Das Problem der Volksrevolution ergebe sich aus Deutschlands besonderer Lage, als der eines im imperialistischen Krieg besiegten und vom Versailler System unterdrückten Landes. Obwohl die KPD noch nicht die Mehrheit der Arbeiterklasse erobert habe, sei sie schon zu einer Partei von Millionen unterdrückter und ausgebeuteter Massen geworden.<sup>12</sup>

Leo Trotzki warf der Komintern und der KPD aus seinem Exil auf der Insel Prinkipo vor, mit dem Chauvinismus gespielt und den echten »Faschismus« zum Zwecke marktschreierischer Konkurrenz nachgeahmt zu haben.<sup>13</sup> Die Kommunistische Opposition in Deutschland kritisierte den neuen Kurs der KPD als »Wettlauf« mit der NSDAP um »nationale Phrasen«. Mit der »untauglichen Waffe des Nationalbolschewismus« habe sie in ihren eigenen Reihen mehr Schaden angerichtet als bei dem Gegner.<sup>14</sup>

Dabei wurde die innerparteiliche Wirkung offensichtlich überschätzt. Hermann Remmele beklagte im Mai 1931, daß es der KPD weder gelungen sei die nationale Frage in den eigenen Reihen aufzuwerfen noch ihre Haltung zur Nation in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen. Es gebe eine Scheu, die nationale Frage aufzuwerfen. Mit dem Programm zur nationalen und sozialen Frage werde kaum gearbeitet.<sup>15</sup>

Ernst Thälmann umgarnte weiterhin die nationalen Aktivisten: der Platz aller ehrlichen Freiheitskämpfer sei nicht bei den Garden der Reaktion, sondern bei den Kampftruppen der Freiheitsarmee des kommenden sozialistischen Deutschlands.<sup>16</sup> Jedoch erwies sich die national getönte Propaganda der KPD für oppositionelle Nationalsozialisten als unglaubwürdig. Trotz der im April 1931 von Walter Stennes ausgelösten Revolte in der Berliner SA gegen Hitler folgten nur wenige dem Beispiel Richard Scheringers. Der »Scheringer-Kurs«<sup>17</sup> fand unter den Funktionären nur wenig Resonanz<sup>18</sup>, unterschied sich jedoch wesentlich vom »Schlageter-Kurs« des Jahres 1923. Er bedeutete kein Angebot zu irgendeiner Zusammenarbeit, nicht einmal zu einem Dialog. Scheringer war Hoffnungsträger und galt als Frontmann für das erfolgreiche Herauslösen von Mitgliedern und Sympathisanten aus der nationalsozialistischen Bewegung.

Diesem Ziel diente auch das Ende Juli 1931 gestartete »Aufbruch«-Zeitschriften-Projekt des KPD-Nachrichtendienstes, das sich nun an die »Volksgenossen« wandte. Es war der Versuch einer

nationalrevolutionären Mobilisierung. Frühere Mitstreiter aus der NS-Bewegung entlarvten in dem Scheringer gewidmeten Kampfblatt die antikapitalistische Demagogie der NSDAP, maßen die Handlungen der Parteioberen an deren verkündeten Zielen und Ansprüchen. Den Nationalsozialisten wurde vorgeworfen, daß sie zu Handlangern der bürgerlichen Regierung von »Brüning und seiner sozialdemokratischen Bonzen«, also konterrevolutionär geworden seien.<sup>19</sup> Das Zentralkomitee der KPD wollte unter den Mitgliedern der SA die Gewißheit verbreiten, daß »nur in den Reihen des klassenbewußten Proletariats Platz und Möglichkeiten für revolutionäre Überzeugungen sind« und daß aus dem Lager der Konterrevolution »Kämpfer mit heißem Herzen und ehrlicher Überzeugung« zur KPD stoßen.<sup>20</sup> Die Erwartungen richteten sich darauf, daß noch so manch »ehrlicher« S.A.-Kämpfer dem Beispiel Scheringers folgen wird. Jede Unzufriedenheit in den Reihen der SA nährte erneut diese Hoffnungen.

Einzelne Nationalsozialisten hatten bereits 1929/30 die Fronten gewechselt, so der aus der eng mit den Nationalsozialisten kooperierenden Schleswig-Holsteinischen Landvolkbewegung kommende Schriftsteller Bodo Uhse, der ehemalige nationalsozialistische Führungsschulleiter Wilhelm Korn, der stellvertretende Gauführer Berlin-Brandenburg der NSDAP, Rudolf Rehm und der ehemalige Gaupropagandaleiter der NSDAP Lorf. Sie waren mit Otto Straßer Mitte Juli 1930 aus der NSDAP ausgetreten und hatten sich später der KPD zugewandt. Andere nationale Aktivisten, insbesondere Intellektuelle wie der aus dem baltischen Freikorps kommende Schriftsteller Alexander Graf Stenbock-Fermor (1902-1972), der Schriftsteller Ernst Ottwalt (1901-1943) und der frühere Hauptmann Arnold Vieth von Golßenau und spätere Schriftsteller Ludwig Renn (1889-1979) hatten sich den Kommunisten schon früher angeschlossen. Im November 1931 traten einige Hitlerjugendführer aus Berlin-Kreuzberg und Mitglieder der Straßer-Jugend in die Kommunistische Jugend ein.<sup>21</sup> Die erwünschten Massenübertritte blieben allerdings aus. Der für diesen Zweck betriebene Aufwand war beträchtlich: oppositionelle Zeitungen wurden für SA-Leute, Polizisten und Reichwehrangehörige herausgegeben, Flugblätter mit einem offenen Brief von Richard Scheringer an die SA in einer hohen Auflage gedruckt und verteilt.

Trotz erheblicher propagandistischer Tätigkeit unter den »Nazi-proleten« gelang der KPD kein wirklicher Einbruch in die braune Front. Der Anteil der Neuaufnahmen von früheren NSDAP-Mitgliedern lag weit unter einem halben Prozent.<sup>22</sup> Der Antikommunismus war unter den zeitweise zu Hitler in Opposition stehenden SA-Stürmen so stark, daß sie sich sogar weigerten, zu Otto Straßer überzugehen, da sie ihn für zu kommunistenfreundlich hielten.<sup>23</sup> Einzelne Kommunisten und frühere RFB-Mitglieder hatten sich nach dem Verbot des roten Wehrverbandes den SA-Stürmen angeschlossen.<sup>24</sup> Das Fluktuieren von der Rechten zur Linken und auch in umgekehrter Richtung hielt sich in starken Grenzen, auch wenn die Propaganda beider Seiten einen anderen Eindruck zu vermitteln versuchte.

19 Volksgenossen, in: Aufbruch, 1, 1931, Nr. 1, S. 1.

20 Das ZK der KPD an Scheringer, in: Aufbruch, 2, 1932, Nr. 3, S. 6.

21 Rote Fahne v. 24.10.1931. Darunter Wolfgang Thieß und Karl Böhme, die 1943 wegen ihres Mitwirkens in der »Roten Kapelle« zum Tode verurteilt wurden. Ferner einige Führer der Straßer-Jugend, in: Der Weg der Jugend, in: Aufbruch, 1, 1931, Nr. 5, S. 16.

22 Vgl. SAPMO-BARCH, RY 1/1 2/4/33, Mitgliederstatistik KPD 1931/32. Die nur für das Jahr 1931 ausgewiesenen Aufnahmen sind nicht vollständig, da nicht alle Bezirksleitungen den Anteil neu aufgenommenen früherer NSDAP-Mitglieder ausgewiesen hatten. Festgehaltene Neuaufnahmen früherer NSDAP-Mitglieder im Jahre 1931: April: 5; Mai: 38; Juni: 68; Juli: 116; August: 77; September: 77; Oktober: 82; November: 54; Dezember: 50.

23 Vgl. BA, Abt. Potsdam, RMdI 26075, S. 51, Bericht vom 19.5.1931. Ferner SAPMO-BARCH, RY/1/2/1/80, a.a.O., Bl. 51, 95. Diskussionsbeiträge aus Berlin und Würtemberg auf der ZK-Sitzung am 15.5.1931 bestätigen die Schwierigkeiten, oppositionelle SA-Leute für die KPD zu gewinnen.

24 Vgl. BA, Abt. Potsdam, St 10/153 Bd. 2, Brief des Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski an den Minister des Innern v. 3.3.1932. Aus einer quellenmäßig nicht belegten Umfrage der Berliner SA-Leitung wurde zitiert, daß bei einzelnen Stürmen

bis zu 55 Prozent ehemalige Kommunisten sein sollen. Genauere Untersuchungen liegen bisher nicht vor. Die immer wieder behauptete massenhafte Mitglieder- und Wählerbewegung von der KPD zur NSDAP läßt sich empirisch nicht erhärten. Siehe auch Hartmann Wunderer: Materialien zur Soziologie der Mitgliedschaft und Wählerschaft der KPD in der Weimarer Republik, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie, 1975, Heft 5, S. 268.

25 Vgl. SAPMO-BARCH, RY1/12/1/81, Sitzung ZK KPD 22. 7. 1931.

26 Politik des Monats, in: Aufbruch, 1, 1931, Nr. 2/3, S. 1.

27 Die Rote Fahne, 18.11.1931. Ferner: P. Langner: Ein Betrugsmanöver Breitscheids, in: Inprekorr, 12, 1930, Nr. 109, S. 2473.

28 Willy Münzenberg: Einheitsfront - gegen wen - mit wem, in: Der Rote Aufbau, 4, 1931, Nr. 19, S. 787 u. 20, S. 820; ders.: Trotzki faschistischer Vorschlag einer Blockbildung der KPD und der SPD, in: ebenda, 5, Nr. 4ff.

29 Die Rote Fahne v. 22.11.1931. Abgedruckt bei J. Stalin: Fragen des Leninismus ..., a.a.O., S. 425-438. Die Stellungnahme des ZK der KPD: Der Brief des Gen. Stalin und die KPD. Vom Zentralkomitee wird uns geschrieben, in: Die Rote Fahne v. 8.1.1932. Abgedruckt in: Die Generallinie ..., a.a.O., S. 433ff.

*Die nationalsozialistischen Bäume im sozialdemokratischen Wald*  
Der nach dem XI. Plenum des EKKI verschärfte antisozialdemokratische Kurs hatte zur Folge, daß die KPD die von den Nazis ausgehende Gefahr herunterspielte. Mitte Juli 1931 unterstützte die KPD plötzlich auf Drängen Moskaus den vom Stahlhelm und von der NSDAP initiierten Volksentscheid gegen die sozialdemokratische Regierung in Preußen unter Otto Braun. Begründet wurde die umstrittene Entscheidung mit dem Argument, daß sich nun die Möglichkeit eröffne, an antikapitalistisch eingestellte nationalsozialistische Anhänger heranzukommen.<sup>25</sup> Die Entmachtung der sozialdemokratischen Regierung wollte die KPD-Führung in einen »roten« Volksentscheid umfunktionieren. Diese auch von Kommunisten kritisierte »nationale Einheitsfront« torpedierte erneut ein breites antifaschistisches Aktionsbündnis mit den sozialdemokratischen, linkssozialistischen und demokratischen Parteien und Organisationen. Nur gemeinsam hätten sie die Weimarer Republik verteidigen können.

Im September 1931 konstatierte der »Aufbruch«, der deutsche Nationalsozialismus habe seinen Höhepunkt bereits überschritten, befinde sich in einer entscheidenden ideologischen Krise und der Mythos Hitler löse sich bereits auf.<sup>26</sup> Die politische Entwicklung verlief indes ganz anders. Die NSDAP überflügelte Ende September 1931 die KPD bei den Hamburger Wahlen. Der führende Sozialdemokrat Rudolf Breitscheid hatte der KPD im Rahmen des Hessen-Wahlkampfes im November 1931 ein Zusammengehen gegen die Nationalsozialisten unterbreitet. Die KPD lehnte dies als »demagogisches Einheitsfrontangebot« und »Betrugsmanöver« ab. »Nicht mit, sondern gegen Breitscheid wird der Faschismus in Deutschland geschlagen werden«, verkündete die »Rote Fahne«<sup>27</sup>.

Die konträren Positionen von SPD und KPD im Kampf gegen die Nationalsozialisten waren kaum zu vereinbaren, ein gemeinsamer antifaschistischer Nenner nicht möglich. Die SPD wollte mit ihrer »antifaschistischen Tolerierungspolitik« nicht nur die Regierung Brüning als »kleineres Übel« stützen, sondern die Weimarer Republik erhalten. Die KPD wollte in ihrem antifaschistischen Kampf die Hitler-Diktatur verhindern und zugleich den Sturz der kapitalistischen Ordnung herbeiführen. Für Willy Münzenberg, dem KPD-Mediengewaltigen, war die NSDAP nur ein Flügel der faschistischen Bewegung in Deutschland. Er grenzte sich eindeutig von den Sozialdemokraten ab: »Die antifaschistische Einheitsfront muß eine antikapitalistische Einheitsfront sein, oder sie wird es nicht sein ... Die antifaschistische Einheitsfront wird nur zustandekommen ohne und gegen die sozialdemokratische Führergruppe.«<sup>28</sup>

Stalin zementierte in seinem Ende November 1931 auch in der »Roten Fahne« veröffentlichten Brief »Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus«<sup>29</sup> noch einmal die strikte Trennungslinie zwischen KPD und SPD. Er griff darin die Linken in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg – voran Rosa Luxemburg – wegen ihrer »Unterschätzung der nationalen und kolonialen Frage« an und warf ihnen vor, daß sie mit einer »halbmenschewistischen Theorie« das Selbstbestimmungsrecht der Nationen abgelehnt hätten. Stalin aktivierte vergangene ideolo-

gische Gefechte für die Durchsetzung aktueller Ziele. Mit der Abrechnung eines vermeintlichen »Luxemburgismus« wollte er die Rolle der KPdSU als Avantgarde in der Komintern und sein eigenes Interpretationsmonopol in Gegenwart und Zukunft sichern. Immer wieder wurde den deutschen Genossen die Geschichte der Bolschewiki als Spiegel vorgehalten. So wie Sozialrevolutionäre und Menschewiki einst von den Bolschewiki isoliert und vernichtet worden waren, sollte jetzt die deutsche Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie liquidiert werden. Die stärkste kommunistische Partei im Westen hatte sich ohne wenn und aber an den Bolschewiki zu orientieren. Aus dem Lehrmeister in der Sozialistischen Internationale vor dem Ersten Weltkrieg war die deutsche Partei zum Lehrling in der Komintern geworden.

Thälmann hatte die Lektion aus Moskau verstanden. Er übte sich in bolschewistischer Selbstkritik. Faschismus und Sozialfaschismus gerieten wieder in getreuer Verengung zu zwei Schattierungen einer Stütze der bürgerlichen Diktatur. Der Sozialdemokratie wurde ihr »Scheinkampf« gegen den Faschismus vorgeworfen, der Hitler-Faschismus wiederum mit der bürgerlichen Demokratie auf eine Ebene gestellt. Damit ging der KPD jede Differenzierung verloren. Obwohl die Komintern die strategische Linie der »Volksrevolution« im Frühjahr 1931 mitgetragen hatte, wurde der KPD aus Moskau Ende 1931 vorgeworfen, eine falsche Taktik bei der Durchführung dieser Losung entwickelt und den Kampf gegen die Sozialdemokratie vernachlässigt zu haben. Die zentrale Aufgabe für die KPD bestand aus Moskauer Sicht vor allem im Kampf um die eigene Klasse, in der Gewinnung der Mehrheit des Proletariats. Im Proletariat besaß die SPD die entscheidende Massenbasis und nicht die Hitler-Partei. Für Thälmann bedeutete nunmehr Kampf gegen den Faschismus in allererster Linie Kampf gegen die SPD. Verbündete des Proletariats dürften erst gewonnen werden, nachdem die KPD die proletarische Mehrheit erobert habe. Von der »Volksrevolution« als strategischem Ziel wurde immer weniger gesprochen, stattdessen baute sie auf eine »Herstellung der roten Einheitsfront«. Diese sollte sich gleichermaßen gegen die Hitler-Partei wie auch gegen die sozialdemokratische Führung richten.<sup>30</sup>

Diese dogmatische ultralinke Position führte zu einer verminderten Wahrnehmung der von der NS-Bewegung ausgehenden realen Gefahr. Trotz aller Wahlerfolge dürfe bei den nationalsozialistischen Bäumen nicht der sozialdemokratische Wald übersehen werden, war Thälmanns volkstümliche Umschreibung der aus Moskau veranlaßten Kurskorrektur. Er zitierte Stalins Äußerung, daß die Partei in der Diktatur des Proletariats die Führung mit anderen nicht teilen dürfe. Der KPD gehe es nicht um ein Bündnis, sondern um ein Neutralitätsabkommen mit nichtproletarischen Schichten. Thälmann reaktivierte das alte Deutungsmuster von den faschistischen und sozialfaschistischen »Zwillingsbrüdern«, auch wenn es den Erfahrungen und Realitäten widersprach.<sup>31</sup>

Inmitten dieser unwirklichen Diskussionen steuerte Wilhelm Pieck, der in dieser Zeit die KPD im Exekutivkomitee der Komintern in Moskau vertrat, eine fast hellsichtige Warnung bei: »Wir haben eine Situation, daß der Faschismus in Deutschland zur

30 Ernst Thälmann: Einige Fehler in unserer theoretischen und praktischen Arbeit und der Weg zu ihrer Überwindung, in: KI, Nr. 41, v. 10.12.1931, S. 490.

31 Vgl. SAPMO-BARCH, RY1/12/1/82. Referat Ernst Thälmann auf der Sitzung des Zentralkomitees vom 20.-23.2.1932.

32 Ebenda, Bl. 404. Diskussionsbeitrag Wilhelm Pieck.

33 Ebenda, Bl. 447.

34 Vgl. SAPMO-BARCH, RY1/12/1/80, a.a.O., S. 175. Diskussionsredner Otto Schmirlgal.

35 Weitere Beispiele, aber auch zu dem ambivalenten Verhältnis zur Sozialdemokratie bei Klaus-Michael Mallmann: Kommunisten in der Weimarer Republik, a.a.O., S. 258ff., 362ff. Ferner: Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933, Berlin 1965. Die vom Institut des Marxismus/Leninismus beim ZK der SED herausgegebene Dokumentation versucht den Eindruck zu vermitteln, daß die KPD-Führung als einzige Partei eine eindeutig antifaschistische Politik betrieben habe. Dabei werden die abgedruckten Dokumente so verkürzt, daß der gleichzeitig gegen die SPD geführte Kampf nicht mehr sichtbar oder erheblich abgeschwächt wird.

36 Vgl. SAPMO-BARCH, RY1/12/1/82, a.a.O., Bl. 433. Diskussionsbeitrag Albert Kuntz.

Macht kommen kann, ohne daß es die Kommunisten vermochten, auch nur ernste Kämpfe auszulösen. Wir haben eine Situation, daß es möglich ist, daß die Partei geschlagen wird von den Faschisten, ohne daß es ihr gelingt, die Massen in den Kampf zu führen. Eine solche Situation kann eintreten.«<sup>32</sup> Die Parteiführung entwickelte aber daraus keine Konsequenzen. Ein gleichzeitiger Kampf gegen die Sozialdemokratie und die Nationalsozialisten überforderte die KPD, verwirrte ihre Anhänger und führte schließlich im Februar 1933 zu der von Pieck prophezeiten Situation. Die KPD war aufgrund der ständigen Einflußnahme aus Moskau immer weniger in der Lage, eine Politik zu betreiben, die sich an den realen Gegebenheiten der sich immer weiter verschärfenden Krise in Deutschland und der damit einhergehenden sich verändernden innenpolitischen Kräftekonstellationen ausrichtete.

Heinz Neumann versuchte das unlösbare Dilemma der unfruchtbareren, sich schließlich blockierenden Doppelstrategie dialektisch aufzuheben: »Wir müssen beide Massenparteien (SPD und NSDAP, d.V.) vernichten, sie gleichzeitig schlagen und die klare strategische Linie haben, wen wir zuerst schlagen wollen, gegen wen wir nicht zeitlich, sondern der politischen Bedeutung nach den Hauptschlag richten.«<sup>33</sup>

Es war zunehmend schwierig, diese konfuse politische Linie den eigenen Anhängern klar zu machen. Für die Kommunisten an der Basis bedeutete Kampf gegen den Faschismus in erster Linie Kampf gegen die NSDAP.<sup>34</sup> Das sozialdemokratische Feindbild der Komintern personifizierte sich in den Funktionsträgern des Staates, insbesondere in der Polizei. Tatsächlich ging für die deutschen Kommunisten nicht von den »Sozialfaschisten«, sondern von den »Nazis« eine reale Gefahr aus. Gegen die »braunen Kolonnen« fanden sich Kommunisten und Sozialdemokraten in einzelnen Stadtteilen und teilweise auch in einigen Betrieben zusammen. Bei den Kommunalwahlen in Württemberg stellten SPD und KPD gemeinsame Listen auf, die von der KPD-Zentrale als rechtsopportunistische Abweichung verurteilt wurden.<sup>35</sup> Es kam zu einer punktuellen Zusammenarbeit von Unterbezirks- und Ortsorganisationen beider Arbeiterparteien in Nürnberg, Hamburg, Oberhausen und anderswo. Albert Kuntz, Organisationsleiter der Berlin-Brandenburger Parteiorganisation, beklagte im Februar 1932, daß in der Mitgliedschaft über Inhalt und das Wesen des Faschismus keine Klarheit bestehe, weil immer noch die Auffassung vertreten werde, gegen den Faschismus zu kämpfen bedeute, die Arbeiterschaft lediglich gegen die Nazis einzusetzen.<sup>36</sup>

Die Wirklichkeit verlief indes anders. Die NSDAP setzte ihren Aufschwung bei den Wahlen im Frühjahr 1932 – sowohl für das Land Preußen als auch die Präsidentenwahlen – auf einem hohen Niveau fort. Sie war inzwischen stärkste Partei in Deutschland. In Preußen erhielt die NSDAP mehr Stimmen als KPD und SPD zusammen. Es bestand die Gefahr, daß die Nationalsozialisten in Preußen oder im Reich an einer Regierung beteiligt werden könnten. Die Selbstüberschätzung vom unaufhaltsamen Aufstieg der KPD erhielt nach den Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen, bei denen Thälmann im zweiten Wahlgang lediglich 3,7 Millionen,



aber Hitler 13,7 Millionen Stimmen erhalten hatte, einen empfindlichen Rückschlag. Der immer wieder vertretene Führungsanspruch als einzige antifaschistische Partei hatte die KPD in eine zunehmende Isolierung getrieben.

### *Die Antifaschistische Aktion*

Im Mai 1932 konstatierte Thälmann große politische Unterlassungen und Vernachlässigung bei der Eroberung der Mehrheit des Proletariats sowie eine nichtgenügende bzw. eine überhaupt nicht vorhandene »Zersetzungsarbeit« in der Nazifront. Nun ähnelten sich die »Zwillingsbrüder« nicht mehr, sondern die KPD wollte zwischen beiden Fraktionen des Monopolkapitals deutlicher unterscheiden.<sup>37</sup> Es wurde erstmals die Frage aufgeworfen, warum es nicht gelungen war, den Nationalsozialismus aufzuhalten. Eine kritische Analyse unterblieb auch diesmal. Der Ausweg erschöpfte sich in den alten Schlagworten: den Hitler-Faschismus zurückschlagen und der chauvinistischen nationalsozialistischen Welle das Programm der nationalen und sozialen Befreiung aus dem Wahlkampf des Jahres 1930 entgegenstellen.<sup>38</sup>

Bei Aufrechterhaltung der Frontstellung gegenüber der SPD wollte die KPD nun den Kampf gegen die Nazis verstärken. Inzwischen war Deutschland am Tiefpunkt der Krise angelangt. Zum letzten Mal entfaltete die KPD mit der Ende Mai 1932 ins Leben gerufenen »Antifaschistischen Aktion« das Banner der »Volksrevolution«. Dem Hitler-Faschismus den Weg zur Macht zu verstellen, war jetzt das Hauptanliegen. Wenn die KPD-Führung den Begriff der »Volksrevolution« benutzte, dann öffnete sie sich wieder breiteren Schichten, und der Kampf gegen die Nationalsozialisten stand im Vordergrund. In der »Antifaschistischen Aktion« sollten Belegschaften aus Betrieben, Gewerkschaftsgruppen und oppositionelle Gruppen des Reichsbanners, der SPD und der von ihr 1931 abgespaltenen SAPD in einer neuen Massenbewegung zusammenarbeiten. Sie stellte keinen organisatorischen Zusammenschluß dar, war offen für viele Bündnispartner. Der Führungsanspruch der KPD wurde nicht fallengelassen, aber NSDAP und SPD differenzierter betrachtet. Durch den antifaschistischen Kampf erhoffte sich die KPD zugleich, die Arbeiter von dem Einfluß der Sozialdemokratie zu lösen. Der Hauptgegner war jetzt die Nazi-Bewegung, was eine Einheitsfronttaktik mit anderen, vor allem sozialdemokratischen Hitler-Gegnern, von unten fördern sollte und erstmalig auch mit Funktionären und Leitungen der SPD nicht ausschloß. Bereits nach zwei Monaten nahm die KPD nach Intervention der Komintern diese flexiblere Haltung zurück. Jegliche Zusammenarbeit und Absprache mit Führern der SPD wurden wiederum verworfen.<sup>39</sup> Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 gewann die KPD 700 000 Stimmen hinzu, während die NSDAP noch einmal 7,4 Millionen Wähler mehr als im September 1930 mobilisierte und nun die mit Abstand stärkste Fraktion im Reichstag wurde. Die Wahlerfolge der NSDAP im Sommer 1932 wurden als »Hitlers Marneschlacht« heruntergespielt, der nationalsozialistischen Bewegung eine unmittelbar bevorstehende Niederlage prophezeit, der Sieg einer proletarischen Revolution in Aussicht

37 Vgl. SAPMO-BARCH, RY1/12/1/85, Referat Ernst Thälmann auf der Sitzung des Zentralkomitees am 24.5.1932.

38 Ernst Thälmann: Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus, in: Die Internationale, 15, 1932, Heft 6, S. 262-292.

39 Rundschreiben Nr. 14. Anweisungen des Sekretariats vom 14.7.1932. Abgedruckt in: Die Generallinie, a.a.O., S. 526ff.

40 Leutnant Florian: Nach Hitlers Marneschlacht, in: Aufbruch, 2, 1932, Nr. 7, S. 3/4.

41 Otto Kuusinen: Die internationale Lage und die Aufgaben der Sektionen der Kommunistischen Internationale, Moskau 1933, S. 75f. Ferner: Ernst Thälmann: Im Kampf gegen faschistische Diktatur. Rede und Schlußwort des Genossen Ernst Thälmann auf der Parteikonferenz der KPD im Oktober 1932, Berlin 1932, S. 34.

42 Walter Ulbricht: Die KPD im Kampf um die Eröberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, in: Die KI, 13, 1932, H. 14/15 v. 15.11.1932. Ferner: Die KPD im Angriff, in: Die KI, 13, 1932, H. 17/18 v. 15.12.1932, S. 1211.

43 Das XII. Plenum des EKKI und die KPD, in: Die Internationale, 15, 1932, Heft 15, S. 382ff.

44 Ernst Thälmann: Im Kampf gegen die faschistische Diktatur, a.a.O., S. 34.

45 Siehe Heinrich A. Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in den Jahren 1930-1933, Berlin, Bonn 1987, S. 165. Im gleichen Sinne auch bei Klaus Rainer Röhl: Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932. Frankfurt am Main, Campus-Verlag 1994. Kurt Reimann, im Beirat des zentralen Streikkomitees tätig, erinnert sich, daß die Zusammenarbeit der RGO und NSBO bedeutungslos gewesen sei, ebenso der Einfluß der KPD. Es habe maximal 70 RGO-Leute in den BVG-Betrieben ge-

gestellt und nicht näher definierte »revolutionäre Elemente« aufgefördert, die Fronten zu wechseln.<sup>40</sup>

### *Das letzte Gefecht*

Unbeeindruckt kehrte das XII. Plenum des EKKI im September 1932 wieder zu dem scharfen Konfrontationskurs gegenüber der Sozialdemokratie zurück. Jede Gegenüberstellung von Faschismus und Sozialfaschismus wurde als »liberal« verworfen, aber gleichzeitig wurde die KPD kritisiert, sie hätte die Unterschiede nicht genügend beachtet. Diese dialektischen Wendungen waren in ihrer Absurdität nicht mehr nachzuvollziehen.

Dem Chauvinismus und Nationalismus wurde der Kampf angesagt und eine stärkere Hinwendung zum Internationalismus propagiert. Die nationale Frage sollte nunmehr entschiedener im Zusammenhang mit dem »proletarischen Internationalismus« vertreten werden, um auf diese Weise das »Versailler System« zu zertrümmern.<sup>41</sup> Die Losung von der »Volksrevolution« wurde von Walter Ulbricht, als opportunistisch entstellt, zurückgenommen.<sup>42</sup> Der Paradigmenwechsel vollzog sich über die Abkehr von nationalistischen Schlagwörtern zu einer stärkeren antifaschistischen Ausrichtung im Erscheinungsbild der KPD. Sie sollte die deutschen Arbeiter davon überzeugen, daß die Kommunisten den Kampf gegen den Faschismus wesentlich effektiver führen könnten.

Die Komintern vermeinte, im Herbst 1932 bereits eine beginnende Massenersetzung bei den Nationalsozialisten zu beobachten. Dieser Prozeß sollte gefördert und versucht werden, die »proletarischen Kader des Nationalsozialismus in das Lager des revolutionären Proletariats herüberzuziehen«.<sup>43</sup> Walter Ulbricht rief zu einer ideologischen Offensive gegen die NSDAP auf. Ohne einen Einbruch in die NS-Bewegung, ohne Gewinnung ihrer Anhänger sah Ernst Thälmann im Herbst 1932 keine Chancen für die kommunistische Partei, ihren Wähleranhang entscheidend zu vergrößern. Deshalb orientierte die KPD im Oktober 1932 darauf, »mit größter Energie unter Entfaltung einer ideologischen Offensive den Einbruch in die Reihen der nationalsozialistischen Anhängerschaft zu vollziehen und die werktätigen Anhänger des Nationalsozialismus zu gemeinsamen Aktionen gegen Lohn-, Unterstützungsabbau und Papendiktatur zu gewinnen und sie von der Rolle der Hitler-Partei als einer Terror- und Streikbruchorganisation des Finanzkapitals zu überzeugen«.<sup>44</sup> Dafür bot sich bald eine Gelegenheit. Nationalsozialisten schlossen sich spontan dem von der KPD unterstützten und mit organisierten BVG-Streik Anfang November 1932 gegen den weiteren Lohnrückgang in Berlin an. Gewerkschafter aus der Nationalsozialistischen Betriebsorganisation (NSBO) und aus der kommunistischen Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) kämpften nun »Schulter an Schulter« gegen Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie und rangen um Einfluß innerhalb der Verkehrsarbeiterschaft. Eine Einheitsfront von NSDAP und KPD kam nicht zustande. Der BVG-Streik war jedoch kein Paradebeispiel für das destruktive Zusammenwirken der »beiden totalitären Parteien von links und rechts«.<sup>45</sup> Gelegentliche Berührungspunkte, so beim Volksentscheid gegen die

Preußenregierung, beim BVG-Streik oder bei Mieter-Streiks, führten weder zu Kooperationen noch zu Koalitionen zwischen der unterschiedenen Linken und der äußersten Rechten. Diese Aktionen waren Ausnahmen und eher Ausdruck eines unerbittlichen Konkurrenzkampfes um die Anhänger der jeweils anderen Seite.

Der Rückgang der nationalsozialistischen Wähler um zwei Millionen Stimmen bei den Novemberwahlen 1932 wurde von der KPD wieder einmal als eine entscheidende Niederlage der NSDAP gewertet. Der Besuch von Ernst Thälmann Ende November 1932 in Paris stand ganz im Zeichen einer internationalen Verbrüderung und des nunmehr beschworenen proletarischen Internationalismus der Tat. Von der strategischen Hauptlosung der »Volksrevolution« und von dem »Scheringer-Kurs« hatte sich die KPD inzwischen endgültig verabschiedet, nur der »Aufbruch« hielt noch daran fest.<sup>46</sup>

Die KPD setzte unbeirrt ihren Offensivkurs zur Eroberung der politischen Macht fort. Dabei hätte Ende 1932 die Aufgabe in der Sammlung und Bündelung aller antinazistischen Kräfte zur Verteidigung der Weimarer Republik bestanden. Diese Erkenntnis setzte sich aber erst im August 1935 auf dem VII. Weltkongreß der Komintern durch. Dabei unterblieb weitgehend eine selbstkritische Auseinandersetzung mit den wirklichen Ursachen der verhängnisvollen Politik der Komintern und der KPD und ihrer widersprüchlichen Haltung zum unaufhaltsamen Aufstieg des deutschen Faschismus.<sup>47</sup>

geben und nur einen RGO-Mann in der Zentralen Streikleitung. Dieser habe keine Einheitsfront mit den Nazis, sondern mit den übrigen (SPD-, Gewerkschafts- oder parteilosen) Komiteemitglieder angestrebt. Kopie der Erinnerungen Reimanns im Besitz von Susanne Römer.

46 Dr. Falkenstein: Sturmzeichen in der SA, in: Aufbruch, 2, 1932, Nr. 9, S. 4f. Die verschiedenen oppositionellen SA-Zeitungen – ebenfalls vom militärpolitischen Apparat der KPD herausgegeben – galten als »Sturmzeichen«, daß die SA-Leute einst den Weg Scheringers gehen.

47 Kurt Finker: KPD und Antifaschismus 1929-1934, in ZfG, 41, 1993, Nr. 5, S. 389-398.